

Das Bündnerland muss wieder die Visitenkarte der Schweiz werden!

Grundlage für die Parteiarbeit der SVP Graubünden bildet das vor den Nationalratswahlen 2007 verabschiedete Programm der SVP Schweiz. In Ergänzung soll das vorliegende Schwerpunktprogramm besondere Themen aufgreifen, für welche sich die SVP Graubünden im Besonderen einsetzen wird.

Die SVP Graubünden setzt sich dafür ein, dass Graubünden für uns und unsere Nachkommen ein lebenswertes, schönes und attraktives Zuhause ist. Graubünden soll in seiner ganzen Vielfalt – die Vielfalt der Landschaft, die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, die Vielfalt der Traditionen – erhalten und gestärkt werden. Unabhängigkeit, Freiheit und Pflege der Minderheiten sind dazu eine wichtige Voraussetzung.

Daraus leiten sich kurzfristig folgende Schwerpunkte unserer Politik ab:

1. Ja zur Vielfalt Graubündens – Nein zur Abwertung „potentialarmer Räume“

Zur Vielfalt unseres Kantons gehören sowohl die Stadt Chur, die grossen Tourismuszentren, die Industriegemeinden des Rheintales wie auch die unzähligen kleinen Berggemeinden und Siedlungen in der Peripherie unseres Kantons. Die kleinen Gemeinden und auch die peripheren Regionen stehen heute vor grossen Herausforderungen: Fragen der Abwanderung, wirtschaftliche Probleme sowie die mangelnde Grunderschliessung bestimmen den Alltag. Die Kleingemeinden und Randregionen sind auf unsere Hilfe angewiesen, um diese Probleme zu meistern.

Am 1.12.2008 veröffentlichte das Bündner Volkswirtschaftsdepartement einen Bericht über „Strategien zum Umgang mit potentialarmen Räumen“. In diesem Bericht wird von einem „koordinierten Rückzug“ aus diesen Gebieten gesprochen. Mit Gemeindefusionen und einer starken Zentralisierung will man der unheilvollen Entwicklung begegnen. Zusätzliche Massnahmen zur Stärkung dieser Gemeinden und Regionen sind nicht ersichtlich.

Die SVP hat von Anfang an die eingeleitete Strategie abgelehnt. Dies vor allem auch, weil die ausgesendeten Signale Initiativen in diesen Regionen lähmen und den Niedergang beschleunigen. Die betroffenen Gebiete brauchen Unterstützung und Vertrauen: Nur so kann der Weg in eine gute Zukunft geebnet werden. Diese Zukunft muss gesichert werden, weil diese Siedlungen auch die faszinierende touristische Qualität unseres Kantons prägen.

Unsere Stossrichtung:

1. Die peripheren Gebiete und Regionen sind mindestens im bisherigen Umfang durch den Kanton zu unterstützen.
2. Fusionen dürfen nicht dazu missbraucht werden, den Kanton mittelfristig zu entlasten. Die Fusionsgewinne müssen vollständig den fusionierten Gemeinden zu Gute kommen.
3. Unabhängig der Gemeindestruktur sind die bisherigen Verkehrsinfrastrukturen und Dienste aufrecht zu erhalten.
4. Wir begrüssen eine überregionale Zusammenarbeit, welche die Selbstbestimmung sicherstellt.
5. Die politische Mitsprache der peripheren Regionen darf nicht geschmälert werden. Deshalb ist die Volksinitiative der SVP, welche weiterhin die Kreise als Wahlsprengel für den Grossen Rat vorsieht, rasch umzusetzen.

2. Für einen attraktiven Standort Graubünden – Ja zu Investitionen und Arbeitsplätzen

Mit dem Hinweis auf die geringe Arbeitslosenzahl und dem Wirtschaftswachstum der letzten Jahre versucht das Volkswirtschaftsdepartement die schwierige wirtschaftliche Lage unseres Kantons zu beschönigen. In Tat und Wahrheit gilt es Folgendes festzustellen:

- Im Vergleich mit den anderen Kantonen hat sich die Lage Graubündens massiv verschlechtert. Praktisch alle Kantone verzeichnen ein grösseres Wirtschaftswachstum.
- Die Arbeitslosenzahlen bilden in einer Saisonwirtschaft, wie sie in Graubünden typisch ist, kein zuverlässiges Bild der wirtschaftlichen Lage ab. Dies, weil in schlechten Zeiten weniger Saisoniers rekrutiert werden und eine grosse Zahl Einheimischer in die Wirtschaftszentren der Schweiz abwandert.
- Graubünden hat nur eine Chance, wenn in unserem Kanton mehr Investitionen, insbesondere von privater Seite, ausgelöst werden. Dazu braucht es eine Stärkung wertschöpfungsintensiver Branchen und einer Stärkung unserer Attraktivität, damit mehr Mittel in unseren Kanton fliessen.

Unsere Stossrichtung:

1. Für das Gewerbe und die Wirtschaft sind eine tiefe Besteuerung und ein starker Abbau von bürokratischen Hürden entscheidend. Graubünden muss für Investoren interessant gemacht werden.
2. Der Kanton muss alles daran setzen, dass finanzkräftige Personen ihren Wohnsitz in unserem Kanton nehmen. Steuersenkungen und die Weiterführung der Pauschalbesteuerung sind dazu wichtige Eckpfeiler.
3. Die Tourismusregionen müssen sich im Wettbewerb weiter entwickeln. Die beabsichtigte, zentralistische Tourismusabgabe lehnen wir ab. Sie führt über kurz oder lang zu einer Steuerung des Tourismus von der Regierung aus Chur aus, was mit dem Verlust an Innovation einher gehen wird. Hingegen befürworten wir Beiträge an die Destinationen für kantonale Leistungsaufträge, soweit dies nicht zu Steuererhöhungen führt. Bei der Destinationsbildung ist die wirtschaftliche Stärke von Ort, Region und Talschaft zu berücksichtigen.
4. Eine gute Verkehrserschliessung ist eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir fordern von der Regierung und den Bundesparlamentariern gegenüber dem Bund Aktivitäten, welche die Benachteiligungen Graubündens in der Verkehrserschliessung und Verkehrsfinanzierung beseitigen.
5. Die Elektrizitätswirtschaft ist eine wichtige Säule unserer Wirtschaft, aber auch des Kantons und der Gemeinden. Wir fordern ein Gesamtkonzept, welches unserer Wirtschaft eine sichere und preisgünstige Energieversorgung sichert. Sodann sind im Jahre 2010 die Wasserzinsen, als wichtige Einnahmequelle der Gemeinden und des Kantons mindestens auf Fr. 100.- (bisher Fr. 80.-) anzuheben. Wichtig ist sodann eine unkomplizierte Behandlung der Gesuche für den weiteren Ausbau der Wasserkraft. Weiter müssen unnötige und Marktverzerrende Eingriffe in die freie Energiewirtschaft verhindert werden. Noch weitgehend unausgereifte Technologien dürfen nur künstlich gefördert werden, wenn der Anschluss an den freien Markt zumindest in unmittelbarer Reichweite liegt.
6. Die Landwirtschaft trägt entscheidend zur dezentralen Besiedlung, zur Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und zur Pflege der Landschaft bei. Wir erwarten von der Regierung eine aktivere Landwirtschaftspolitik. Insbesondere verlangen wir, dass man sich von der gegenwärtigen, EU-orientierten Bundespolitik abwendet und die Eigenständigkeit unserer nationalen Agrarpolitik hoch hält.
7. Wir setzen uns ein für eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten ein. Unsere Verkaufsgeschäfte müssen dann öffnen können, wenn es die Kunden verlangen. Damit können zusätzliche Umsätze generiert und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
8. Mit der Abschaffung des Eigenmietwertes dürfen für die Gemeinden keine Steuerausfälle bei den Zweitwohnungen erfolgen. Die SVP befürwortet Massnahmen zur besseren Nutzung von Zweitwohnungen sowie für eine massvolle Entwicklung des Zweitwohnungsbaues. Die Autonomie der Regionen und Gemeinden darf in diesem Bereich nicht weiter eingeschränkt werden.

3. Für ein solides Schulsystem und eine zukunftsgerichtete Familienpolitik

Mit gutem Grund haben die Bündner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Schulkonkordat HARMOS abgelehnt. Damit haben sie sich gegen riskante Experimente und grundlose Vereinheitlichungen im Schulwesen ausgesprochen.

Es ist nun wichtig, dass dieser Entscheid akzeptiert wird und unser Schulwesen „a la carte“, das heisst, dort wo es Sinn macht, verbessert wird.

Wichtig ist, dass Graubünden die berufliche und die höhere Ausbildung stärkt. Das Bildungsangebot darf als Standortfaktor nicht unterschätzt werden.

Im Zentrum der Erziehung muss die traditionelle Familie bleiben. Selbstverständlich ist es allen Familien freigestellt, ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen. Es ist jedoch falsch, wenn die traditionelle Familie, die nach wie vor den Idealfall darstellt, gegenüber neuen Formen der Fremdbetreuung benachteiligt wird. Leider hat das Bundesparlament diesen Grundsatz fallen gelassen. Die SVP wird deshalb eine Volksinitiative starten, welche die Stärkung der traditionellen Familie zum Ziel hat.

Unsere Forderungen:

1. Die traditionelle Familie darf gegenüber Formen der Fremdbetreuung nicht benachteiligt werden. Die SVP lanciert zu diesem Zweck eine nationale Volksinitiative.
2. Eine gute leistungsorientierte Primar-, Real und Sekundarschule ist flächendeckend sicherzustellen. Für abgelegene Siedlungen garantiert der Kanton zusammen mit den Gemeinden einen regelmässigen Schul-Transportdienst.
3. Der Kanton widmet den höheren Fachschulen ein besonderes Augenmerk. Vor allem muss er sich dafür einsetzen, dass der Bund nicht aus seiner Verantwortung für diese Schulbereiche zurückzieht. Gleichzeitig ist für die Absolventen der höheren Fachhochschulen der Zugang zu höheren Ausbildungen sicherzustellen.
4. Im Fachhochschulbereich sowie bei hochspezialisierten Ausbildungen (z.B. Nanotechnologie in Landquart) stellen wir mit Besorgnis fest, dass der Kanton St. Gallen sich gegen periphere Lösungen einsetzt. So ist auch der Standort für das Technikum in Buchs, das für unsere Wirtschaft eine zentrale Rolle spielt, in Frage gestellt. Die Regierung wird aufgefordert, diese Frage prioritär in Angriff zu nehmen und dafür zu sorgen, dass diese Ausbildungsstätten unserem Wirtschaftsraum auch in Zukunft die notwendigen Impulse verleihen.